

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG  
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



**Titel:** Morgenausgabe

**Autor:**

**Purl:** [https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119\\_19201230MO](https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19201230MO)

## Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky  
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -  
Von-Melle-Park 3  
20146 Hamburg  
[auskunft@sub.uni-hamburg.de](mailto:auskunft@sub.uni-hamburg.de)  
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

# Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 A., abends sowie Sonn- und Festtags 30 A.

Abgeben die Abnehmer  
Bettstraße 220 A., täglich  
50 Wogen Leuznauer-  
str. 10, abends 20 A.,  
Familienmitglieder 20 A.,  
Abgabe in allen  
Verkaufsstellen in im  
Gebiet (bis 7 Uhr abends  
für den folgenden Tag),  
den Hülfsstellen in  
und in allen Anzeigen-  
Büros, Klub- und Bären-  
vereinen, sowie in  
Kellereien in beliebiger  
Zeit werden auch gegen  
Scheck nicht angenommen.

Nr. 608.

Donnerstag, den 30. Dezember 1920. — Morgen-Ausgabe.

34. Jahrgang.

## Hamburgs neue Verfassung angenommen. — Neuwahl der Bürgerschaft am 20. Februar.

### Regierungsänderung?

Der Senat, die von den tatsächlichen Verhältnissen vollständig absehen, können die Schicksale empfinden, in ein Kabinett einzutreten, das an die Stelle der gegenwärtigen Regierung treten sollte. Kein Zweifel, das Ministerium Lehmann hat keine Hoffnungen erfüllt und viele Enttäufungen gestiftet. Nichts wäre leichter, als es zu jagen. Die besonders jungen Politiker in der U. S. P. meinen, daß jetzt der Zeitpunkt für den Sturz des Kabinetts Lehmann gekommen sei. Aber sie denken nicht daran, für den Sturz dieses Ministeriums die Verantwortung zu übernehmen, indem sie sich bereit erklären, die Regierungstätigkeit anzutreten. Die Situation in Deutschland ist die, daß das Ministerium Lehmann bestehen bleibt, weil niemand an dessen Stelle treten will. Der Gedanke, den Genosse Loebe auf dem letzten Reichstagskongress unserer Partei ausgeprochen hat, daß man den Deutschnationalen die Regierung überlassen begahe, für eine Koalition würde, in der die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei richtungsgleich sind, hat in manchen Zeitungen unserer Partei lebhafteste Befürwortung hervorgezogen. Sowie wir wissen, steht aber Genosse Loebe, so jeder persönliche Sympathie er sich auch erfreut, mit dieser Auffassung in der Reichstagsaktion ziemlich isoliert. Aber selbst wenn die ganze Partei hinter Loebe in dieser Frage stünde, so würden die Deutschnationalen für diese Politik nicht zu gewinnen sein. In dieser Partei gibt es Gruppen der Deutschnationalen Partei einig sein, daß sie den Zeitpunkt, die Regierung zu übernehmen, nicht als gekommen erachtet. Sollten die Deutschnationalen wirklich nach all ihren großsprecherischen Worten gegen die Entente das Bedürfnis empfinden, die Entfaltung Deutschlands durchzuführen, mit Bayern in stärkster Form zu kommen, weil die bayerische Regierung, moralisch gestützt durch die deutschnationale Politik in Norddeutschland, der Entfaltung ihrer Einwohnerkreise kräftigen Widerstand entgegenstellt, sollten die Deutschnationalen das Ruhrgebiet besetzen lassen und über Hannau nach Aachen und Würzburg widerstandslos französische Truppen marschieren lassen? Wollen die Deutschnationalen den Kandidaten ihre Verpflichtungen erfüllen, indem sie die Lebensmittelpreise erhöhen und die städtische Bevölkerung noch unzufriedener machen, als sie ist? In der Deutschnationalen Partei gibt es genug gesunde und lebensfähige Politiker, die wissen, daß ihre Partei ihre eigenen Ausichten begraben müßte, wenn sie jetzt als maßgebendes Glied in eine Koalitionsregierung eintreten würde.

Andere Parteizeitungen wünschen, daß unsere Partei ihrer Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik in der Stellung Bayern gegenüber, mit dem Reichswehrministerium, mit den Reichsrenten usw. Ausdruck gebe durch den Sturz der Regierung. Diese Stimmung ist völlig begründet, aber mit Stimmungen macht man selbst in normalen Zeiten keine Politik und wieviel weniger in den anomalen Zeiten dieser Wochen! Wir sind überzeugt, daß unter dem Druck der Entente die bayerische Regierung an die Entfaltung gehen wird. Aber soll man einen Mann aus dem kommenden sozialistischen Regierung zuziehen, mit aller Gewalt an die Entfaltung in Bayern zu zwingen? Gibt es einen Sozialisten auf weiter Flur, der heute Schicksal hätte, die Verhandlungen in Brüssel zu führen und sich als Reichsminister der Finanzen mit dem Kaiser und den Finanzkontrolleuren die Entente herumschleppen? Kommt Herr, kommt Herr. Es gibt keinen Sozialdemokraten, auch keinen ehemaligen Minister, der begreifen würde, wieder in die Regierung einzutreten. Die Gegner der Entfaltung unserer Partei wissen, daß wir in einem Prozeß kräftiger Erhaltung sind, daß wir eine starke Anziehungskraft auf die links von uns stehenden Arbeitergruppen ausüben. Diesen Prozeß nicht zu hemmen, sondern ihn ausreifen zu lassen, alles zur Förderung unserer Partei zu tun und die präzisesten Landtagswahlen durch gefestigte Organisationen siegreich zu gestalten, das ist für uns die Aufgabe der Stunde. Die Zeit wird kommen, wo die sozialdemokratische Partei wieder am Steuer der Reichsregierung stehen wird, aber dann soll es mit Erfolg und für lange Dauer geschehen. Den Zeitpunkt werden wir uns wählen, wo die Aussichten für uns die besten sind.

### Drohendes Ultimatum wegen der Entlastungsfrage.

Unser Berliner Mitarbeiter berichtet uns: Wie vorausgesehen war, hat die große Rolle der Reichsregierung an der Entente wegen der Aufhebung der Einwohnereinzahl einen Zustand geschaffen, der dem gesamten deutschen Volk wieder einmal zum Schaden gereichen kann. Bekanntlich wurde in der letzten Woche abermals ein hartnäckiger Standpunkt vertreten, der die Notwendigkeit der Einwohnereinzahl zum Ausdruck brachte, und der vom Geist der reaktionären Regierung in Bayern und der nationalsozialistischen Stimmung völkerverfeindlicher Radikaler im Reichsministerium getrieben wurde. Die französische Presse ist über diese Laune sehr genau unterrichtet, und weil das der Fall ist, kann sie übernehmend bei der Betrachtung der trübsamen Frage zu dem Schluß, daß die Frage der Aufhebung der Einwohnereinzahl eine deutsche Zukunftfrage sei, die lautet: entweder Monarchie oder Republik. Der „Temps“, der in der letzten Woche einen sonderbaren Appell zur Unterstützung der republikanischen Betreibungen in Deutschland veröffentlichte, sieht sich in der Erweiterung der obigen Feststellungen auf die Verletzung veranlaßt, daß sich die Vertreter der französischen Republik ernstlich darüber hüten würden, gegen die Entfaltung der bayerischen Einwohnerkreise zu sprechen, weil das diese, für die deutschen Monarchisten, aber gegen die deutschen Republikaner Partei ergreifen. Die Ansicht des „Temps“ entspricht gänzlich dem „Clyde“, das gefügt durch die Auffassung des Leiters der Entente-Kommission in Deutschland, Nollet, und getragen durch die Gesandten des Reichs in Paris, steht auf indirektem Wege durchblicken läßt, daß die französische Regierung auf ihrem Standpunkt beharren und nötigenfalls diesem durch ein Ultimatum Nachdruck verschaffen will.

Daß in der Tat die Ansicht eines ultimativen Eingreifens besteht, geht aus der diese Angelegenheit betreffenden übereinstimmenden Meldung hervor, die besagt, daß im Falle einer Ablehnung der Reichsregierung, die Einwohnerkreise sofort aufgelöst, militärische Maßnahmen vorgezogen sind, die ebenfalls die Verletzung des Vertragsgebiets oder die Akkupation anderer Reichsteile in sich schließen. Sowohl aus Paris werden derzeit Nachrichten telegraphisch, als auch aus Berlin Entente-Kreisen wird ein eventuelles ultimatives Einschreiten berichtet. Da die Entfaltung über die Einwohnerkreisefrage, die die deutsche Außen- wie innenpolitische Lage äußerst verwickelt hat, erst auf der Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten in Brüssel eine endgültige Regelung erfahren wird, ist nicht zu erwarten, daß die augenblickliche Stimmung der Unzufriedenheit vor den ersten Januartagen beboben sein wird. Fast jetzt dürfte jedenfalls, daß auf dem Programm der Nizzaer Konferenz auch die Entlastungsfrage steht, und daß Lord George, der in Spa mit einem Ausschlag das Gewinzel der deutschen Mitarbeiter zurecht rückt und die endgültige Entfaltung forderte, an dieser Konferenz teilnimmt.

Wie aus der Erwähnung an ausländischer Stelle erfahren, ist im Auswärtigen Amt von dem gemeinsamen Vorhaben der Entente offiziell bisher noch nichts bekannt. Es erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Entente den Schritt unternommen wird.

### Hamburger Bürgerschaft.

Zwischen Weihnachten und Neujahr ist in der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerschaft die Verfassung der Republik Hamburg endgültig angenommen worden. Die Beratung zog sich von 8 Uhr nachmittags bis in die neunte Abendstunde hin und war insbesondere erfüllt von der Diskussion der Rechte, die sich der Artikel, betreffend den Wirtschaftsrat, zum Anlaß nahm, um eine längere Debatte zu entzünden, die natürlich fruchtlos verlief. Wir werden auf die Verfassungsberatung noch im Zusammenhang zurückkommen, sie schloß mit deren Annahme in namentlicher Abstimmung mit 95 gegen 40 Stimmen. Bemerkenswert und besonders sehenswert ist die Haltung der reaktionären Parteien. Lieben die Kommunisten im großen ganzen eine schwelgende Opposition, indem sie stets links stehen, so setzte die Rechte alle Hebel in Bewegung, um das Verfassungsrecht zu sabotieren. Auch Herr Jacobson ergriff an der Vorbildung und mußte sehr intensiv darauf verwiesen werden, daß er der ungeheuerste Mann ist, um über Treue zu reden. Schließlich löste man die Einheitsfront von Jacobson bis Hirsch gegen die Verfassung durch halbseitige Reden, die das volksfeindliche Verhalten demüteln sollten. Bürgermeister Genosse Stolten, der oft sehr wirkungsvoll in die Debatte einwirkte, machte es deutlich. Schlimm spielte dann noch den Wetterpropheten und verführte ein Gewitter, das die Verfassung befeigen werde. Im übrigen bekannte er sich freimütig zur Solidarität mit Jacobson, was von der Mehrheit fröhlich unterrichtet wurde.

Eine nach Form und Inhalt gleich bedeutungsvolle Ansprache des Bürgermeisters, Genossen Koss, gab der Vollendung des Verfassungswerkes einen würdigen Abschluß.

### 88. Sitzung.

Mittwoch, 29. Dezember, 3 Uhr nachmittags.  
Präsident Koss eröffnet die Sitzung.  
Es liegt vor ein dringlicher Senatsantrag auf Aenderung der Bezeichnung des Amtsblattes. Es heißt darin: „Nach der Einsetzung des Reiches in die Gesellschaft empfielt es sich, dem Amtsblatt diejenige Bezeichnung zu geben, die ihm nach seiner Bedeutung als Publikationsorgan für die hamburgischen Gesetze und Verordnungen zukommt. Die jetzige Bezeichnung entspricht nicht dem, was außerhalb Hamburgs im allgemeinen unter einem Amtsblatt verstanden wird. In dem Hamburg umgebenden preussischen Gebiete sind beispielsweise die Amtsblätter Organe der einzelnen Provinzialregierungen oder anderer gleichwertiger Behörden, nicht aber diejenigen der Zentralinstanzen des Staates. Der Senat empfiehlt daher die Bezeichnung „Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt“, eine Bezeichnung, die auch in verschiedenen anderen Ländern gebräuchlich ist. Als Zeitpunkt wird der 1. Januar 1921 als bestimmend sein. Zu dieser Aenderung bedarf es eines Beschlusses der Bürgerschaft, da die gegenwärtige Bezeichnung aus dem Rat- und Bürgerrecht vom 8. September 1861 herührt. Der Senat beantragt daher, indem er diesen Antrag als dringlich bezeichnet, die Bürgerschaft wolle beschließen, daß am 1. Januar 1921 ab das Amtsblatt der freien und Hansestadt Hamburg die Bezeichnung „Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt“ zu führen habe.“  
Der Vorsitzende gibt der Vermählung ferner Kenntnis von folgenden Eingängen: vom dem Hamburger Ausschuss für Verbesserungen, betreffend: Aenderung des Gesetzesentwurfes über die Aufsicht über die Arbeiter und die Arbeiter der Lungenfranken und Tuberkulösen, Ortsgruppe Hamburg, und dem Verein kriegsbeschädigter Augenkranker und deren Hinterbliebenen, betreffend: Unerlässliche Lieferung von Lebensmitteln, Kleidung und Häusern sowie Beschaffung gesunder Wohnungen.  
Es wird zunächst über den eingeleiteten Dringlichkeitsantrag des Senats verhandelt. Dr. Eisenberg (DVP.) ist mit dem Antrag einverstanden, findet aber, daß ein Vorbehalt in bezug auf die Redaktion gemacht werden müßte. Es muß dahin gestellt werden, daß vorübergehende Gesetze und Verordnungen in den öffentlichen Anzeiger kommen und nicht ins Amtsblatt. — Senator Dr. Möbke (DVP.) sagt das zu. Auch im Senat habe man diesen Beschluß bereits gefaßt.  
Der Antrag wird darauf angenommen.

### 2. Die Verfassung.

#### (Fortsetzung der Beratung)

Artikel 62. Debatteles genehmigt.  
Artikel 63. Debatteles genehmigt.  
Artikel 64. Antrag von Dr. Koss (DVP.). Hinter Artikel 64, § 1, 2, wird ein besonderer Artikel folgenden Inhalts emittiert:  
Anträge des Senats von erheblicher finanzieller Tragweite sind vor ihrer Einbringung an die Bürgerschaft der Finanzdeputation zu gutachtlicher Äußerung vorzulegen und mit dieser versehen an die Bürgerschaft zu bringen.  
Das gleiche gilt von entsprechenden Gesetzesvorschlägen aus der Mitte der Bürgerschaft (Art. 68 Absatz 2) für die Zeit vor der zweiten Beratung. Die Finanzdeputation kann bei der Beschlußfassung über die vorstehenden Gegenstände ihre Auffassung durch einen ihrer Mitglieder in der Bürgerschaft vertreten lassen.  
Geschieht ein Beschluß der Bürgerschaft nach der Auffassung von drei Vierteln der Mitglieder der Finanzdeputation die Sicherheit der Staatsfinanzen, so steht der Finanzdeputation gegen solchen Beschluß innerhalb eines Monats das Recht des Einspruchs zu. Erfolgt ein solcher Einspruch, so ist der Beschluß nur dann zur Ausführung gebracht worden, wenn die Bürgerschaft nach nochmaliger Beratung im mit einer Majorität von drei Vierteln der Mitglieder beschließt.  
Die Finanzdeputation ist durch den ihr zu unterstellenden Rechnungshof die finanzielle Kontrolle der Verwaltung mit der Maßgabe aus, daß sie auch die Angemessenheit und Zweckmäßigkeit der Ausgaben zu prüfen hat.  
In Verabreichung der vorstehenden Aufgaben ist die Finanzdeputation nur dem Volke verantwortlich und unterliegt ihre Mitglieder nur dem einsprechenden anordnenden Verfahren nach Artikel 50.  
Die Finanzdeputation besteht künftig aus 15 Mitgliedern, von denen 8 von der Handelskammer, 2 von der Gewerbe- und Baukammer, 2 von der Baukammer und 3 von den Berufsvereinigungen der Handwerker und der Arbeiter beziehungsweise Angehörigen der Bürgerschaft nach dem Grundsatze der Verhältnismäßigkeit aus 6 Jahren gewählt werden.  
Das Nähere hinsichtlich des Uebertrages usw. wird durch besonderen Gesetz bestimmt.

Dr. Koss (DVP.) begründet den Antrag ausführlich. Der Antrag deckt sich mit der Anforderung des Senats zur Sparmaßnahme und er wolle verhindern, daß wichtige finanzielle Vorläufe ohne Mitwirkung der Öffentlichkeit gefaßt würden. Die Finanzdeputation könne auch laum mehr die Verantwortung für die Ausgaben tragen. Die Wünsche der Wähler seien hinter uns. In den letzten beiden Jahren hat der Senat den finanziellen Bedürfnissen Hamburgs nicht genügt. Es sind viele Dinge ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage beschlossen, z. B. Unrechtsakt. — Dr. Mittelstein (DVP.) ist mit einem Seiten des Senats einverstanden, er bitte um abschließende Abstimmung. Die Bürgerschaft solle mehr als in letzter Zeit auf die Zusammenlegung der Finanzkommission achten. Nicht nur die Parteipolitik dürfe durch entscheiden. — Senator Dr. Möbke (DVP.) a. M.: Der Senat hat Bedenken gegen diesen Antrag. Die Debatte der Finanzdeputation haben von jeder einen großen Einfluß auf den Senat ausgeübt und ihn oft überzeugt. Es braucht also keines neuen Antrages. — Dr. Brindmann (DVP.): Ich muß die Gelegenheit benutzen, um die ungeschickliche Schreibweise der „Hamburger Nachrichten“ zu besprechen. Ich glaube, daß ich mit dem ganzen Hause übereinstimme, wenn ich diese herabschätzende Art und Weise gegenüber

der Bürgerschaft und der Verfassungsberatung entschieden zurücksetze. (Sehr richtig!) Vielleicht läßt Herr Dr. Koss auf sein Parteiprogramm einmal einen Einfluß in dieser Beziehung aus. (Zuruf.) Neben steht im übrigen den Antrag Dr. Koss ab. — Hirsch (DVP.) ist mit dem Antrag einverstanden, der angenommen werden müßte. — Dr. Koss (DVP.) wendet sich gegen Dr. Brindmann, der die Kritik der „Nachrichten“ nicht vertritt. Er denkt nicht daran, den „Nachrichten“ gegenüber die Rolle des schenkenden Ozeils zu spielen. Die Kritik ist klar und treffend gewesen. (Lärm!) Neben begrüßt die Zustimmung der Rechten den Antrag.  
Der Antrag Koss wird abgelehnt. Der Artikel 64 ist genehmigt.

Artikel 55. Debatteles angenommen.  
Artikel 56. Antrag des Sprachschusses. Artikel 56 Satz 1: ... endgültig zustande gekommene Gesetze können vierzehn Tagen auszufertigen und im Amtsblatt zu veröffentlichen. Bürgermeister Stolten: Wir werden auch noch eine sachliche Aenderung vornehmen müssen. Wenn wir den Antrag so annehmen, wird eine Schwierigkeit aus der ungenauen Angabe der Satznummer entstehen. Neben beantragt, im zweiten Satz statt 1/2 3/4 der Abgeordneten als Mindestzahl vorzuzusetzen, die anwesend sein müssen, um eine Gesetzesänderung zu beschließen.  
Artikel 57 und 58. Debatteles angenommen.  
Artikel 59. Antrag des Sprachschusses. Artikel 59 Absatz 2: „Geschicht“ statt „erfolgt“. Absatz 3 Satz 3 ist als besonderer Absatz 4 zu fassen.  
Dr. Möbke (DVP.) ist gegen einen neuen Absatz. — Dr. Brindmann (DVP.) verteidigt den Sprachschusses, dessen Antrag angenommen wird.

Artikel 60. Debatteles beschlossen.  
Artikel 61. Antrag des Sprachschusses. Artikel 61 Absatz 2: „Geschicht“ statt „erfolgt“. — Debatteles beschlossen.  
Artikel 62. Debatteles beschlossen.  
Artikel 63. Antrag des Sprachschusses. Artikel 63 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

In der Abstimmung wird der Artikel in dieser Form genehmigt.  
Artikel 64. Debatteles beschlossen.  
Artikel 65. Debatteles beschlossen.  
Artikel 66. Antrag des Sprachschusses. Artikel 66 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

In der Abstimmung wird der Artikel in dieser Form genehmigt.  
Artikel 67. Antrag des Sprachschusses. Artikel 67 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

Debatteles beschlossen.  
Artikel 68. Debatteles beschlossen.  
Artikel 69. Antrag des Sprachschusses. Artikel 69 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

Debatteles beschlossen.  
Artikel 70. Antrag des Sprachschusses. Artikel 70 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

Debatteles beschlossen.  
Artikel 71. Antrag des Sprachschusses. Artikel 71 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

Debatteles beschlossen.  
Artikel 72. Antrag des Sprachschusses. Artikel 72 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

Debatteles beschlossen.  
Artikel 73. Antrag des Sprachschusses. Artikel 73 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

Debatteles beschlossen.  
Artikel 74. Antrag des Sprachschusses. Artikel 74 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

Debatteles beschlossen.  
Artikel 75. Antrag des Sprachschusses. Artikel 75 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

Debatteles beschlossen.  
Artikel 76. Antrag des Sprachschusses. Artikel 76 Absatz 1: ... folgende Fassung: Die Beschlußfassung der Bürgerschaft ist zu wiederholen, wenn der Beschluß nicht auf Grund eines Senatsantrages erfolgt, oder von einem solchen abgelehnt. Dem Senat ist das Ergebnis der ersten Sitzung unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Nur im Einverständnis mit dem Senat kann die zweite Sitzung vor Ablauf von 8 Tagen stattfinden. Der Senat hat das Recht, unter Vorlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Abwaid erhält der Beschluß nur Gesetzeskraft, wenn bei der erneuten Abstimmung die Mehrheit sämtlicher Abgeordneten zustimmt. Ein Volksentscheid findet nicht statt.  
Kamp (SD.) bittet, im letzten Satz zu fassen: „findet darüber nicht statt.“

von der zweiten Beratung der Verfassung und bleibt bei seinem Antrage. Solange Neben in der Bürgerschaft ist, habe er sachlich und nicht aus parteipolitischen Gründen geteilt werden können. Die Sache darf nicht aufgehoben werden, sondern muß sofort erledigt werden. — Dr. Koss (DVP.): Wenn mit einer Verfassung die Sache darf nicht aufgehoben werden, sondern muß sofort erzwungen und nicht revolutionärem werden. (Stimmliches Geklapper.) — Wittke (DVP.): Die heutige Diskussion zeigt mir die Unklarheit in vielen wichtigen Dingen. Hamburg schneidet beim Reich immer oft schlecht ab, weil auf die Handelskammer nicht gehört wurde. Der Kammer, die wir wollen, soll jedes Gesetz zur Begünstigung vorgelegt werden. Hamburgs Kredit muß auf jede Weise gesichert werden, das kann nur sein, wenn unsere Verfassung angenommen werden. — Bunge (DVP.) wendet sich gegen Wittke.  
Kon Rother (SD.) und 10 Genossen wird Antrag der Beratung beantragt.

Der Antrag wird abgelehnt.  
Senator Dr. Stübmann (DVP.) wendet sich kurz gegen Wittke.  
Die Nebenliste ist erledigt. In einer persönlichen Bemerkung nimmt dann noch einmal Wittke (DVP.) das Wort.  
Antrag Dr. Koss wird abgelehnt.  
Antrag Dr. Mittelstein wird gleichfalls abgelehnt.  
Der Beschluß der ersten Sitzung bleibt somit bestehen.  
Zu Artikel 69 (Gemeinden) macht Sena (SD.) einige Bemerkungen, auf die Senator Stübmann (DVP.) antwortet.

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung über die Verfassung der Bürgerschaft habe gestellt werden ist, wie angenommen. Jacobson (DVP.): Wir verlangen von den Beamten Treue und daß sie sich hinter die Verfassung stellen. (Zuruf: Kaufe: Sie wollen doch auch Beamter werden!) Große Heiterkeit.) Wird von den Beamten ein Treuegelübde auf die Verfassung verlangt, dann wird mancher in einem früheren Wissenschaftler kommen. Wie schwer die Gewissensbedenken sind, erhellt doch daraus, daß jeder Staat eine andere Interpretation über den Begriff Treue gegeben hat. In der Verfassung steht, daß die Beamten auf die Verfassung zu vereidigen sind; ein besonderer Treueid kann aber doch nicht vorgeschrieben werden. (Lärm.) Zuruf: Schönfelders: Sie wollen doch auch Zivilkommissar von Hamburg werden.) Sie müßten doch nicht, daß dem Senat die Verfassung eingebracht wird, den Eid zu formulieren. Sie nennen unsere Beamten, wenn von den Beamten lediglich die Verpflichtung auf die Verfassung verlangt wird. In Hamburg sind wir in einer eigentümlichen Lage. Es sind hier 6 Beamte, von dem Disziplinärgericht angefaßt gewesen, die den Treueid nicht geleistet haben. Zwei sind freigesprochen, die anderen beurteilt worden. Es hätten also sehr leicht drei Artikel herauskommen können.

Bürgermeister Stolten (SD.): Herr Jacobsons Rede hat mich davon überzeugt, daß er nicht recht befindet ist. Eure Rede sei: Ja, ja, nein, nein. Was darüber ist, das ist ihm über. Der Eid muß geleistet werden in dem Bewußtsein, den Eid auch zu erfüllen. Es heißt der Würde des Eides nicht gerecht werden, wenn man in dieser Frage die Unterzeichnung macht, ob der Beamte nur seine Treue während der Dienstzeit und nicht außerhalb seines Amtes auszubringen braucht. Es geht nicht an, daß ein Beamter außerhalb seines Amtes auf den Mißbrauch der Verfassung hinwirken darf. Es würde einem sehr unüberhörbaren Eindruck machen, wenn ein Beamter öffentlich den Eid nicht befragt, aber den Mißbrauch betreibt. (Lärm: Man muß nicht auf die Verfassung hinwirken, sondern sie machen.) (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren wären. (Sehr wahr!) Eine starke Regierung hätte gegen diese heimliche Art, wie die Verfassung unterminiert wird, energisch vorgehen müssen. Diesen Leuten gehört der Stuhl vor die Tür gestellt. (Beifall in der Mitte und links.) — Jacobson (DVP.): Von den Beamten darf der Eid nicht verlangt werden. (Beifall.) Von man verlangen, Treue nicht. (Lärm.) Neben Sie an die Beamten, die nicht machen! (Stimmliches Geklapper.) Schließlich auch die Hamburgische Kammer hätten ihn denn! Wir müssen eine Sicherheit schaffen, und das gerade Herr Jacobson sich dagegen wendet, ist sehr bezeichnend. (Beifall.) — Wittke (DVP.): Die Gegner der Verfassung sind in allen Behörden am Werke, die demokratisch-gewählten Beamten zu diskreditieren. (Sehr richtig!) Sie tun so, als wenn sie nach wie vor die Herren

